Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 182 (2016)

Heft: 5

Artikel: Offene Grenzen in Europa und ihre Folgen

Autor: Schilling, Walter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-587052

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Offene Grenzen in Europa und ihre Folgen

Selten wurden in der Europäischen Union Verträge, Regeln und Gesetze so missachtet wie in den vergangenen acht Monaten. Es lässt sich nicht bestreiten, dass vor allem die deutsche Bundeskanzlerin mit ihrer weltweit gehörten «Willkommensadresse» vom 4. September 2015 an die zahlreichen Migranten und mit ihrer Politik der offenen Grenzen nicht nur geltendes europäisches und deutsches Recht de facto ausser Kraft gesetzt hat.

Walter Schilling

Mit ihrem eigenmächtigen Vorgehen hat sie auch zentrale Prinzipien der Sicherheit und der Zugangskontrolle aufgegeben und ihrem eigenen Land sowie den europäischen Partnerstaaten schweren Schaden zugefügt. Allein im Jahre 2015 wurden fast 1,5 Millionen Menschen von gut organisierten kriminellen Schlepperbanden über das Mittelmeer und über die Balkan-Route nach Deutschland, aber auch in andere europäische Länder geschleust und ein grosser Teil davon – etwa 300 000 – von den deutschen Sicherheitsbehörden überhaupt nicht registriert. In ganz Europa wird die Zahl nicht-registrierter Zuwanderer auf 1,6 Millionen geschätzt. Niemand weiss genau, wer diese Menschen sind und wo sie sich aufhalten. Und dieser Migrantenstrom wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Mit ihm kommen nachweislich auch zahlreiche Kämpfer der Terrormiliz IS (Islamischer Staat) nach Europa, die zum Teil mit erbeuteten syrischen Pässen ausgestattet sind und die offenen Grenzen mühelos passieren.

Die Versuche der europäischen Regierungen, durch Absprachen mit einigen afrikanischen Ländern und der Türkei den Migrantenstrom zu reduzieren, sind bislang erfolglos geblieben. Ebenso wenig gelang es, die Verteilung der Zuwanderer auf die 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union durchzusetzen. Sie wird auch künftig nicht zustande kommen. Die meisten EU-Länder lehnen es ab, Migranten aufzunehmen. Sie sehen zu Recht ihre nationale Identität gefährdet. Nahezu alle Staaten der Europäischen Union haben die Grenz- und Passkontrollen wieder eingeführt und ihre nationalen Einwanderungsgesetze deutlich verschärft. Dort aber, wo die Staaten ihre genuine Rolle nicht mehr wahrnehmen, nationale Grenzen offen lassen und eher nach den Prinzipien eines Wohlfahrtsverbandes handeln – wie z.B. in Deutschland, werden sich die Zuwanderer konzentrieren. Doch ist kaum zu übersehen, dass die problematische Vorgehensweise der deutschen Bundesregierung in Berlin insbesondere für die an den Hauptrouten der Migranten liegenden Partnerländer Deutschlands vielfältige negative Auswirkungen haben. Und selbst Länder ausserhalb der Europäischen Union, wie z.B. die Schweiz, dürften durch die deutsche Politik der offenen Grenzen gefährdet sein.

Gefährdung der Sicherheit und der inneren Stabilität

Entgegen dem wiederholt von der deutschen Bundeskanzlerin verkündeten Slogan «Wir schaffen das» können wir täglich beobachten, dass die EU-Staaten offensichtlich überfordert sind, den enormen Zustrom von Migranten mit Blick auf die Versorgung, die soziale Betreuung und die Integration zu verkraften. Dieser Erkenntnis wird sich am Ende auch die politische Führung der Bundesrepublik Deutschland beugen müssen. Renommierte Ökonomen haben schon mehrfach darauf hingewiesen, dass die mit der unbegrenzten Zuwanderung zwangsläufig verbundenen finanziellen Lasten nicht zu tragen sind und dazu führen, die soziale Sicherheit zu gefährden.

«In einigen EU-Ländern entsteht wegen der offenen Grenzen und der Aufnahme weitgehend unqualifizierter Migranten ein industrielles Proletariat.»

Darüber hinaus wird mit der in einigen EU-Ländern – wie z.B. in Deutschland – praktizierten Politik der offenen Grenzen und der massenhaften Aufnahme weitgehend unqualifizierter Migranten ein industrielles Proletariat von zumeist jungen Menschen entstehen, für die es angesichts der hohen Arbeitslosenquoten in Europa und der auf uns zukommenden Weltwirtschaftskrise keine Beschäftigung geben wird. Dies dürfte die Brisanz der Konflikte einmal mehr verschärfen. Dabei ist es nicht nur die grosse Zahl der Menschen, die nach Europa kommen und künftig dort leben wollen. Vielmehr liegt ein weiteres gravierendes Problem darin, dass der Grossteil der Migranten Muslime sind, die ihre religiösen Überzeugungen, ihre damit eng verknüpften Traditionen und Lebensauffassungen nicht ablegen werden, sondern ausserhalb der in den EU-Staaten geltenden Verfassungen die schon bestehenden «Parallelgesellschaften» vergrössern werden.

Parallelgesellschaften

Bereits vor dem Einsetzen des gigantischen Zustroms von muslimischen Migranten nach Europa konnten wir die charakteristischen Probleme der «Parallelgesellschaften» in einzelnen europäischen Ländern studieren. Man hat diese Entwicklung vor allem in Deutschland und Frankreich weitgehend dem Selbstlauf überlassen und muss nun erkennen, dass es von Tag zu Tag schwieriger wird, eine Lösung zu finden. Die dank der Politik der deutschen Bundesregierung in Berlin seit dem Herbst vergangenen Jahres offen gehaltenen Grenzen haben wesentlich dazu beigetragen, die innere Stabilität der betroffenen Gesellschaften zu gefährden. Zunehmende innergesellschaftliche Konflikte kennzeichnen die Szenerie. Es entstehen immer mehr «No-Go-Areas» insbesondere in den städtischen Ballungszentren, in die sich selbst die Polizei nicht so ohne weiteres hineintrauen kann. Sie entwickeln sich immer stärker zu «rechtsfreien Räumen», in denen die Migranten nach ihren eigenen Regeln leben. Und an den dramatischen Ereignissen im Zuge der Silvesternacht in Köln, Hamburg, Frankfurt, Düsseldorf und Stuttgart, wo sich grosse Gruppen aus Nordafrika und dem Nahen Osten stammende Migranten zusammenrotteten und schwere Straftaten – von Raub bis zur Vergewaltigung – begangen haben, konnten wir ablesen, wie weit die Folgen offener Grenzen mittlerweile reichen. Dabei erweist es sich als ein besonderes Problem, den Ablauf des Geschehens und dessen spezifische Hintergründe sachlich korrekt zu beschreiben. Angesichts der in den deutschen Medien sowie bei den Repräsentanten einiger gesellschaftlicher Gruppen und politischer Parteien vorherrschenden Neigung, kritische Anmerkungen zur Politik der offenen Grenzen und zur Migrantenfrage rasch zu verurteilen, ist die Angst unter den Betroffenen vor Ort immer noch gross, über das Geschehen wahrheitsgemäss und zeitnah zu berichten. Zudem bilden die mit den Migranten vor allem aus den nahöstlichen und afrikanischen Ländern kommenden zahlreichen djihadistischen Kämpfer der Terrormiliz IS eine ernste Gefahr für die Sicherheit

Migranten am Wiener Westbahnhof.

Grenze Griechenland zu Mazedonien.

«Die offen gehaltenen Grenzen tragen dazu bei, die innere Stabilität der betroffenen Gesellschaften zu gefährden. Zunehmende innergesellschaftliche Konflikte sind die Folge.»

der europäischen Staaten. Sie bewegen sich dank der trotz des Trends mancher Staaten zu häufigeren Pass-Kontrollen weitgehend offenen Grenzen frei durch Europa und sind ausserordentlich schwer zu identifizieren, wenn nicht das Glück oder der Zufall zu Hilfe kommt. Die brutalen Terroranschläge von Islamisten des IS in Paris und in Brüssel sowie die wiederholt erkannten Spuren zahlreicher weiterer Djihadisten, die sich mit den zunehmend chaotisch verlaufenden Migrantenströmen nach Europa begeben haben, belegen eindeutig, wie verwundbar die Europäische Union und wie gefährdet die Bevölkerung in den einzelnen Ländern ist.

Grenzschutz als Lösung?

Die von einigen EU-Ländern vertretene Politik der offenen Grenzen und die ohne Not geschaffenen chaotischen Verhältnisse werden dazu führen, dass dem Staatenverbund die Möglichkeiten entgleiten, das eigene Schicksal im nächsten Jahrzehnt noch selbst zu bestimmen. Die ausserordentlich riskante Strategie der Europäischen Union, die islamische Türkei als Bollwerk gegen den Migrantenstrom zu nutzen, um die Anzahl der Migranten zu reduzieren, dürfte scheitern. Mit Blick auf die wachsende Erkenntnis in Deutschland, dass die Politik der offenen Grenzen enorme Gefahren für die Sicherheit und die innere Stabilität mit sich bringen wird, hat man sich in die Abhängigkeit des nicht-demokratischen Erdogan-Regimes begeben, ohne zu wissen, wie man aus dieser prekären Situation wieder herauskommt.

Zudem deutet alles darauf hin, dass auch die Absicht der EU-Kommission, einen neuen Grenzschutz an den immer noch durchlässigen Aussengrenzen der EU mit elf Auffangzentren in Griechenland und Italien aufzubauen, nicht die nötige Wirksamkeit entfalten wird. So ist die Forderung der meisten Regierungen in der Europäischen Union, dass die Staaten die Hoheit über ihre nationalen Grenzen zurückerhalten müssen, nur konsequent. Die einzelnen EU-Länder werden daher zunehmend die Sicherheit in ihre eigene Hand nehmen, um die schwerwiegenden Folgen der Politik offener Grenzen zu konterkarieren. Die damit verbundenen tiefgreifenden Konflikte zwischen den Regierungen der europäischen Länder könnten zusammen mit den ohnehin sehr stark ausgeprägten Streitigkeiten auf anderen wichtigen Feldern, z.B. im Rahmen der höchst unterschiedlichen Vorgehensweisen zur Lösung der Staatsschuldenkrise, dazu führen, dass die Europäische Union schon recht bald zerbricht.

«Die einzelnen EU-Länder werden zunehmend die Sicherheit in ihre eigene Hand nehmen, um die schwerwiegenden Folgen der Politik offener Grenzen zu konterkarieren.»

Was tun?

Realismus zwingt uns zu erkennen, dass mit der nur vordergründig humanitär erscheinenden Politik Deutschlands eine gefährliche Entwicklung für ganz Europa eingeleitet worden ist. In vielen Bereichen der deutschen Gesellschaft fehlt die Bereitschaft, die damit verbundenen Folgen zu sehen. Auch wird vielfach unterschätzt oder gar geleugnet, wie bedeutsam die Herrschaft des Rechts für die Sicherheit und innere Stabilität der europäischen Staaten ist. Es dürfte daher als *erstes* notwendig sein, dem von einigen Regierungen, gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien ausgeübten Konformitätsdruck zu widerstehen und die mit der Offenheit der Grenzen entstandenen Probleme klar anzusprechen. *Zweitens* muss dem wichtigen Prinzip, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden und die Integrität der eigenen Gesellschaft nicht aufs Spiel zu setzen, Vorrang eingeräumt werden. Daher wird man nicht umhin können, die Politik der offenen Grenzen zu revidieren. *Drittens* wird es notwendig sein, der ideologischen Legendenbildung über die Ursachen und die Charakteristika der Migrationsbewegungen sowie des Widerstands aus der Bevölkerung gegen dieses Phänomen vor allem in den elektronischen Medien Deutschlands entschlossen entgegenzutreten. *Viertens* gilt es, die Gesetzmässigkeit des politischen Handelns einzufordern und die Herrschaft des Rechts wiederherzustellen. *Fünftens* dürfte es unausweichlich sein, dass die einzelnen EU-Staaten das Recht wieder in die eigene Hand nehmen und nationale Massnahmen treffen müssen, um ihre vitalen Interessen zu wahren. ■

Grenzzaun Ungarn-Serbien. Bilder: Wikipedia

Oberst i Gst a D
Walter Schilling
Dr. phil.
Freier Publizist
I-39012 Meran (Bz)